ANLAGE 2

Beschlussvorschläge

als Ergebnis der frühzeitigen Behördenbeteiligung

STADT WASSENBERG
BEBAUUNGSPLAN Nr. 3 und 54. FLÄCHENNUTZUNGSPLAN „EFFELDER WALDSEE“
Übersicht eingegangener Anregungen
gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB

Träger öffentlicher Belange:

- Nr. 01 RWE Rhein-Ruhr AG, Düren
- Nr. 02 Bezirksregierung Köln, Dezernat 33
- Nr. 03 Bezirksregierung Düsseldorf, Dez. 22.5, Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD)/ Luftbildauswertung, Düsseldorf
- Nr. 04 NEW Netz GmbH, Geilenkirchen
- Nr. 05 Einzelhandels- und Dienstleistungsverband Aachen-Düren-Köln e.V., Bezirk Aachen
- Nr. 06 Geologischer Dienst NRW -Landesbetrieb-, Krefeld
- Nr. 07 Industrie- u. Handelskammer Aachen
- Nr. 08 Landwirtschaftskammer NRW – Kreisstelle Heinsberg/Viersen, Viersen
- Nr. 09 NABU Heinsberg, Wegberg
- Nr. 10 RWE Power AG, Köln
- Nr. 11 Wasserverband Eifel-Rur, Düren
- Nr. 12 Stadt Wegberg, Wegberg
- Nr. 13 Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW, Dortmund
- Nr. 14 Provinz Limburg, Maastricht / Niederlande
- Nr. 15 Landesbetrieb Wald u. Holz NRW, Regionalforstamt Rureifel-Jülicher Börde, Hürtgenwald
- Nr. 16 Kreis Heinsberg, Heinsberg
- Nr. 17 Bezirksregierung Köln, Dezernat 51 - Höhere Landschaftsbehörde
- Nr. 18 WestEnergie, Geilenkirchen
- Nr. 19 EBV GmbH, Hückelhoven

Nr.	Schreiben von/Datum	Datum	Kurzinhalt	Beschlussvorschlag der Verwaltung
01	RWE Rhein-Ruhr AG, Düren	06. Mai 2013 (17. Mai 2013)	Es bestehen keine Bedenken.	entfällt
02	Bezirksregierung Köln, Dezernat 33	14. Mai 2013 (21. Mai 2013)	Es bestehen keine Bedenken.	entfällt
03	Bezirksregierung Düsseldorf, Dez.: 22.5 Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD)/ Luftbilddauswertung	21. Mai 2013 (03. Juni 2013)	<p>Es bestehen Bedenken. Verdacht auf vermehrte Kampfhandlungen, Verdacht auf Kampfmittel und Militäreinrichtungen des 2. Weltkrieges (Panzergraben).</p> <p>Empfehlung auf Überprüfung des konkreten Verdachtes (Karte in der Anlage) - Antragformular auf Internetseite.</p> <p>Bei erheblichen mechanischen Belastungen wie Rammarbeiten, Pfahlgründungen, Verbauarbeiten etc. wird eine zusätzliche Sicherheitsdetektion empfohlen.</p>	Den Anregungen wird gefolgt entsprechenden Hinweise werden in die Begründung aufgenommen sowie Berücksichtigung in der weiteren Planung.
04	NEW Netz GmbH, Geilenkirchen	24. Mai 2013 (29. Mai 2013)	<p>Es bestehen keine Bedenken. Es wird darauf hingewiesen, dass sich im B-Plangebiet eine Trafostation, ein Kabelverteiler und mehrere Versorgungsleitungen befinden.</p> <p>Bitten um digitale Unterlagen und weitere Beteiligung</p> <p>NEW Netz GmbH 721/2 Grundsatzplanung Nikolaus-Becker-Straße 28-34 52511 Geilenkirchen E-Mail: Johann.Wittmann@new-netz-gmbh.de</p>	Die Hinweise werden beachtet und Unterlagen digital übersandt.
05	EHDV - Einzelhandels- und Dienstleistungsverband Aa-	27. Mai 2013 (29. Mai 2013)	Es bestehen keine Bedenken.	entfällt

Nr.	Schreiben von/Datum	Datum	Kurzzinhalt	Beschlussvorschlag der Verwaltung
08	Landwirtschaftskammer NRW – Kreisstelle Heinsberg/Viersen, Viersen	04. Juni 2013 (06. Juni 2013)	Es bestehen keine Bedenken. Es wird angeregt, die in Aussicht stehenden Kompensationsmaßnahmen außerhalb landwirtschaftlicher Flächen vorzunehmen. Vielleicht sind Synergien mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie möglich.	Den Anregungen wird gefolgt und entsprechende Hinweise aufgenommen.
09	NABU Heinsberg, Wegberg	05.06.2013 (07. Juni 2013)	Information über den Effelder Waldsee: siehe dazu Buch über die Vögel des Kreises Heinsberg (Martin Gellissen) - Entwicklung eines Kleinods für die Natur und Vogelwelt in den letzten Jahrzehnten, - Mögliche Einstufung als Naturschutzgebiet - Bedeutender Winterrastplatz für arktische Gänse (Einstufung vom Land NRW) - Gefährdung des Zusammenspiels aus extensiver Erholungsnutzung und Rücksicht auf die Natur bei der Neuplanung - Aufgrund der stark intensivierten Nutzung ist der Untersuchungsraum weiträumig abzugrenzen (gesamter Waldsee und der angrenzende Wald) - Bei der Artenschutzprüfung sind viele Tierarten (Auflistung siehe Schreiben NABU) zu berücksichtigen. - In den <i>Bericht</i> müssen aufgenommen werden: Ergebnisse der Erfassungen die Methoden, die Auswirkungen und die Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen - Ausführliche <i>Abfrage</i> von Daten bei Fachleuten 1. Vögel – Martin Gellissen 2. LINFOS und NABU direkt - Forderung der ASP II	Artenschutzgutachten (Büro Fehr) wird erstellt, Stellungnahme wird weitergeleitet. Aussagen zum Artenschutz werden im Umweltbericht aufgenommen. Flächen, die aus artenschutzrechtlichen Erfordernissen geschützt bleiben müssen, werden als freizeitorientierte Entwicklungsflächen gestrichen - außer die Flächen die auf der Grundlage der vorh. FNP-Plan als bestandsgeschützt zu werten sind - oder mit Hinweis im Umweltbericht auf der Ebene des Bebauungsplanes als Flächen nach § 9 (1) 20 BauGB ausgewiesen.
10	RWE Power AG, Köln	06.05.2013 (möglicher Zahlendreher 05.06.2013) (07. Juni 2013)	Verweis: Gesamtes Plangebiet liegt im Auegebiet, in dem der nat. Grundwasserspiegel nahe der Geländeoberfläche liegt und der Boden humoses Bodenmaterial enthalten kann.	Den Anregungen wird gefolgt und entsprechende Hinweise aufgenommen.

Nr.	Schreiben von/Datum	Datum	Kurzzinhalt	Beschlussvorschlag der Verwaltung
	chen-Düren-Köln .e.V., Bezirk Aachen,			
06	Geologischer Dienst NRW - Landesbetrieb-, Krefeld	31. Mai 2013 (03. Juni 2013)	<p>Hinweis: Erbebenzone 2, Untergrundklasse T</p> <p>Es bestehen aus ingenieurgeologischer Sicht Bedenken: Die ehemalige Nassabgrabung erfordert detaillierte Nachweise zur</p> <ul style="list-style-type: none"> - Geometrie und zur Trittsicherheit im Badebereich - Standsicherheit der Uferbereiche - Bewertung der Gefahr von Fließrutschungen <p>Einstufung in Geotechnische Kategorie GK 3, daher sind entsprechende Feld- und Laboruntersuchungen zur Ermittlung des Baugrundaufbaues und der Festigkeit der Auffüllungen zwingend erforderlich.</p> <p>Folgender Hinweis bei Planung und Realisierung von Badestränden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Festlegung der Badezone mit definierter Geometrie bis mind. ca. 2,0 m unter Niedrigwasserniveau - Neigung im Badebereich maximal 1 : 5 <p>Nach Herstellung des Badebereiches sind eine Überprüfung der Standsicherheit und regelmäßige Kontrollen der Unterwasserböschungen notwendig.</p> <p>Folgender Hinweis für bauliche Anlagen am Ufer:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Tragfähigkeit ist im Hinblick auf die geplante Bebauung zu untersuchen - Die Sicherheit gegen Böschungsbruch und die Gebrauchstauglichkeit bei möglicher ufernaher Bebauung ist nachzuweisen 	Den Anregungen wird gefolgt. Ein Baugrundgutachten wird im Rahmen der Bauanträge erstellt.
07	Industrie- u. Handelskammer Aachen	03. Juni 2013 (05. Juni 2013)	Es bestehen keine Bedenken.	entfällt

Nr.	Schreiben von/Datum	Datum	Kurzzinhalt	Beschlussvorschlag der Verwaltung
			<p>Das gesamte Plangebiet ist wegen der Baugrundverhältnisse gemäß § 5 Abs. 3 Nr. 1 BauGB bzw. § 9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB als Fläche zu kennzeichnen, bei deren Bebauung ggf. besondere bauliche Maßnahmen, insbesondere im Gründungsbereich, erforderlich sind.</p> <p>Aufnahme in die textlichen Festsetzungen:</p> <p>1) Das Plangebiet liegt im Auenbereich.</p> <p>2) Baugrundverhältnisse: Wegen der Bodenverhältnisse im Auegebiet sind bei der Bauwerksgründung ggf. besondere bauliche Maßnahmen, insbesondere im Gründungsbereich, erforderlich. Hier sind die Bauvorschriften der DIN 1054 „Baugrund - Sicherheitsnachweise im Erd- und Grundbau“, der DIN 18 196 „Erd- und Grundbau; Bodenklassifikation für bautechnische Zwecke“ sowie die Bestimmungen der Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zu beachten.</p> <p>3) Grundwasserverhältnisse: Der natürliche Grundwasserspiegel steht nahe der Geländeoberfläche an. Der Grundwasserstand kann vorübergehend durch künstliche oder natürliche Einflüsse verändert sein. Bei den Abdichtungsmaßnahmen ist ein zukünftiger Wiederanstieg des Grundwassers auf das natürliche Niveau zu berücksichtigen. Hier sind die Vorschriften der DIN 18 915 „Bauwerksabdichtungen“ zu beachten.</p>	
11	Wasserverband Eifel-Rur, Düren	05.06.2013 (07. Juni 2013)	Es bestehen keine Bedenken.	entfällt
12	Stadt Wegberg	05.06.2013 (10. Juni 2013)	Es werden keine Anregungen vorgebracht.	entfällt
13	Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW, Dortmund	05.06.2013 (11. Juni 2013)	Planmaßnahmen liegen auf den Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Heinsberg“, über den auf Kohlenwasserstoff erteilten Erlaubnisfeldern „Rheinland“	Den Anregungen wird gefolgt und entsprechende Hinweise aufgenommen.

Nr.	Schreiben von/Datum	Datum	Kurzzinhalt	Beschlussvorschlag der Verwaltung
			<p>und „Saxon 2“</p> <p>1) Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Heinsberg“ – Eigentümer das Land NRW, vertreten durch das MWEIMH, Horionstraße 1 / Haroldstraße 4 in 40213 Düsseldorf</p> <p>2) Erlaubnisfeld „Rheinland“ – Inhaber: 51 % die Wintershall Holding GmbH, Friedrich-Ebert-Straße 160 in 34119 Kassel und zu 49 % die Statoil Deutschland Hydrocarbons GmbH, Dithmarscher Straße 13 in 26723 Emden.</p> <p>3) Erlaubnisfeld „Saxon 2“ – Inhaber: Dart Energy (Europe) Limited, Lauehill Business Park, Polmaise Road, Stirling, FK7 9 JQ Großbritannien.</p> <p>=> Der Bereich der Planmaßnahme kein einwirkungsrelevanter Bergbau dokumentiert. Aus wirtschaftlichen und geologischen Gründen ist in den Bergwerksfeldern, die im Eigentum des Landes NRW stehen, auch in absehbarer Zukunft nicht mit bergbaulichen Tätigkeiten zu rechnen.</p> <p>Im Bereich des Plangebietes ist nach vorliegenden Unterlagen (Grundwasserdifferenzpläne mit Stand Oktober 2011 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides – 61.42.63 – 2000-1 -) von durch Sumpfungsmaßnahmen des Braunkohlebergbaus bedingten Grundwasserabsenkung betroffen.</p> <p>Hinweise: Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung als auch bei einem späteren Grundwasseranstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden.</p> <p>Konkrete Grundwasserdaten sollten abgefragt werden</p>	

Nr.	Schreiben von/Datum	Datum	Kurzinhalt	Beschlussvorschlag der Verwaltung
14	Provinz Limburg, Maastricht / Niederlande	07.06.2013 (10. Juni 2013)	Übersetzung Herr Segers: Bitte um Berücksichtigung und Prüfung der Störeffekten im Umweltbericht auf Flächen der Niederländischen Seite (Lärm, Verkehr, visuelle Effekte, Natur und Landschaft)	Siehe Stellungnahme Kreis Heinsberg
15	Landesbetrieb Wald u. Holz NRW, Regionalforstamt Rureifel-Jülicher Börde, Hürtgenwald	07.06.2013 (10. Juni 2013)	Durch die geplante Weiterentwicklung des Erholungsschwerpunktes werden Waldflächen in Anspruch genommen. Diese Umwandlung von rund 1,3 Hektar ist als Ersatzaufforstung extern auszugleichen. Ein teilweiser Ausgleich im Plangebiet ist aus Sicht der Forstbehörde nicht möglich. Notwendige Kompensationen in dem Bauleitplanverfahren sind verbindlich festzusetzen. Vorschlag: Erweiterung der <u>Aufforstungsfläche Röder Bahn</u> Anregung: Zusammen mit der Landschaftsbehörde ein probates Gesamtkonzept entwickeln und die notwendige Ersatzaufforstung darin einbinden.	Der Anregung wird gefolgt. In Abstimmung mit dem Forstamt werden Waldumwandlungsflächen festgelegt.
16	Kreis Heinsberg, Heinsberg	11.06.2013 (14.06.2013)	<u>GESUNDHEITSAMT:</u> Aus gesundheitsaufsichtlicher Sicht keine Bedenken soweit keine gesundheitlich relevanten Geräuschbelastungen der Anwohner der Ortschaft Effeld und der Benutzer des Campingplatzes durch die geplanten Anlagen zu erwarten betroffen sind. <u>STRASSENVERKEHRSAMT:</u> Aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken. Konkrete Ausbauplanung der öffentlichen Verkehrsflächen und Anbindung an das vorh. Straßennetz sowie Ausweisung erforderlicher Parkplätze ist rechtzeitig abzustimmen. Ggf sind die zu erwartenden Verkehrsströme darzustellen. <u>UNTERE LANDSCHAFTSBEHÖRDE:</u> Unterlagen <i>nicht ausreichend</i> , detaillierte Angaben über Eingriffsregelung und Artenschutz (Unterlagen	Lärmgutachten, über das Maß der heutigen bestandsgeschützten Nutzungen hinaus, wird erstellt. ----- Aufnahme Bruchstraße (Teilabschnitt) und Waldsee-straße in B-Plan, Verkehrsgutachten (Straßenausbau, Besucherströme, Parkplätze) muss erstellt werden. ----- Eingriffsregelung wird erstellt und abgestimmt. Art und Umfang umzusetzender Maßnahmen stehen in Ab-

Nr.	Schreiben von/Datum	Datum	Kurzzinhalt	Beschlussvorschlag der Verwaltung
			<p>des ehrenamtlichen Naturschutzes sind zu berücksichtigen) sind vorzulegen. Der Entwurf des Landschaftsplans „Wassenberger Riedeland und untere Rurniederung“ widerspricht dem Grundgedanken des Bebauungsplans nicht. Grundsätzlich bestehen deshalb aus Sicht der ULB im Vorfeld der eigentlichen Prüfung, die erst nach Vorlage noch zu erbringender Unterlagen erfolgen kann, keine Bedenken.</p> <p>Insel und deren Ufersäume sind vom Menschen nicht zu betreten, aus ökologischer Sicht besonders qualifiziert (Brutplätze, Rückzugs- und Fluchräume von besonderer Qualität).</p> <p>Konfliktpunkte zwischen den Ansprüchen der intensiven Freizeitnutzung und den Belangen des Naturschutzes. Artenschutz ist bezüglich der Vogelwelt, insbesondere der Arten, die auf die unmittelbaren Nähe von Wasserflächen angewiesen sind, abzustellen. Es ist sicherzustellen, dass die Störverbote des § 44 BNatSchG nicht ausgelöst werden. Auswirkungen auf Vogelwelt (Brutvögel, Rast- und Wintergäste), Fledermäuse, Insekten sind in den zu erstellenden Unterlagen zum Artenschutz zu berücksichtigen.</p> <p>Im Rahmen der Umgestaltung kommt es zu verschiedenen Eingriffen in Natur und Landschaft. Eingriffe zulasten von Waldflächen sowie Saum-, Brach- und Ruderalflächen. Eine Kompensation vor Ort ist nicht möglich. Schlüssiges und umsetzungsfähiges Kompensationskonzept ist den Unterlagen beizufügen. Möglich externe Kompensationsflächen im Bereich Rödger Bahn.</p> <p>Einige des im Bebauungsplan nach § 9 Abs. 1 Nr. 20</p>	<p>hängigkeit zum Baugenehmigungsumfangs</p> <p>-----</p> <p>Der Anregung wird gefolgt, die Insel wird von Freizeitnutzung freigehalten.</p> <p>-----</p> <p>Wird im Rahmen der Artenschutzprüfung geprüft und in den Festsetzungen und Begründungen übernommen</p> <p>-----</p> <p>Wird geprüft und nachgewiesen.</p> <p>-----</p> <p>Flächen werden als Grünflächen umgewidmet und in</p>

Nr.	Schreiben von/Datum	Datum	Kurzzinhalt	Beschlussvorschlag der Verwaltung
			<p>und 25 geplanten Ausgleichflächen sind nicht praxisnah und werden als Kompensationsmaßnahme nicht angerechnet. Es sind Grünelemente, die der Verschönerung z.B. der Liegewiese dienen und während der ökologisch aktivsten Zeit gewaltigen Störeinflüssen durch die Badegäste unterliegen. Bewertung der Flächen als intensive genutzte Rasenflächen oder als Grünanlage mit nahezu fehlendem Baumbestand.</p> <p>Der Gesetzgeber hat im § 61 BNatSchG ein Bauverbot für Uferbereiche bis 50 m von der Uferlinie von Gewässern mit einer Fläche von mehr als einem Hektar festgesetzt. Dieses Bauverbot gilt allerdings nicht für die mit Bestandschutz zuzuordnenden Flächen. Verbotsregelungen im Rahmen bauleitplanerischer Abwägung sind außerhalb dieser Flächen nicht zu überwinden. In diesen Fällen ist wiederum nach den Vorgaben des § 57 Abs. 2 Ziffer 4 BNatSchG des Landschaftsgesetzes, welcher die im BNatSchG verankerten Öffnungsklausel ausfüllt, eine Bebauung der über den Bestand hinausgehende Uferbereiche in den Fällen möglich, in denen die Festsetzungen eines Bebauungsplanes mit Zustimmung der Unteren Landschaftsbehörde zustande gekommen ist. Eine Zustimmung kann wegen der zu erwartenden Störeinflüsse auf streng geschützte Arten voraussichtlich nicht in Aussicht gestellt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) für die Bebauung bzw. Nutzung der östlich, dem Campingplatz vorgelagerten Insel b) für den Betrieb der Wasserskianlage in der Zeit zwischen dem 15. September und dem 15. April c) für die Segelnutzung und das Tauchen in der Zeit vom 15. September und dem 15. April d) für die Nutzung des Aktionsstrandes und der Liegewiese in der Zeit zwischen 15. September und dem 15. April <p>Eine Bebauung und Nutzung der Insel mit den zu-</p>	<p>ihrer Wertigkeit geringer bilanziert.</p> <p>-----</p> <p>a) Zustimmung</p> <p>-----</p> <p>b) - d) Weitere ergänzende Abstimmung erforderlich, da die Belange der Investoren zu berücksichtigen sind; insbesondere unter dem Aspekt, dass bei der Präsentation des Landschaftsplanes am 19.06.2013 abweichende Betriebszeiten erörtert wurden.</p> <p>-----</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p>

Nr.	Schreiben von/Datum	Datum	Kurzzinhalt	Beschlussvorschlag der Verwaltung
			<p>nächst vorgesehenen 3 Lodges wird aus Sicht der ULB unter Verweis auf § 61 BNatSchG, aber auch in Hinblick auf das Auslösen artenschutzrechtlicher Verbote, abgelehnt.</p> <p>Ruhigstellung der Insel, d.h. eine Maßnahme zur dauerhaften Sicherung der ökologischen Funktionen, um die Intensivierung der Freizeitnutzung artenschutzrechtlich tragen zu können. Die Insel liegt in der Bauverbotszone für Gewässer.</p> <p>Die Errichtungen eines Mastes für die Wasserskianlage auf einer weiter nordwestlich gelegenen Insel, wird von Seiten der ULB mitgetragen.</p> <p>Der Landschaftsbeirat soll im weiteren Verfahren eingebunden werden.</p> <p><u>UNTER WASSERBEHÖRDE:</u> GF (1): Maßnahmen für den Einstieg der Taucher und der Wasserskiläufer sind als Anlagen an und im Gewässer nach § 99 LWG genehmigungspflichtig. GF (3): Die Zulässigkeit des Gewässerausbaus ist (Abinselung und neue Herstellung der Uferzone) in einem gesonderten Wasserrechtlichen Verfahren nach § 68 WHG zu überprüfen. Wasserspielgeräte, die fest im Gewässer verankert werden, stellen ebenfalls einen Genehmigungstatbestand nach § 99 LWG dar. GF (6): Sollten Unterkünfte auf der Insel zugelassen werden, ist hier eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung über eine Druckleitung sicherzustellen. W (8.1): Der Einbau von Stützen der Wasserskianlage bedarf einer Genehmigung nach § 99 LWG. W (8.2): Der Pontonsteg bedarf einer Genehmigung nach § 99 LWG. W (8.3): Der Stege bedürfen einer Genehmigung nach § 99 LWG.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <hr/> <p>Der Forderung wird gefolgt und entsprechende wasserrechtliche Anträge zur Genehmigung erstellt.</p> <hr/>

Nr.	Schreiben von/Datum	Datum	Kurzzinhalt	Beschlussvorschlag der Verwaltung
			<p>Allgemein fehlt eine Aussage der Abwasserbeseitigung.</p> <p><u>UNTERE BODENSCHUTZBEHÖRDE:</u> Aus altlasttechnischer Sicht keine grundsätzlichen Bedenken. <i>Verweis auf Altablagerung Wassenberg Nr. 24, 4802/11, Landesregistriernummer 230012</i> (ehemalige Senke, die mit Bodenmaterialien aufgefüllt wurde). Fläche liegt unterhalb des Rasenfußballplatzes, eines Aschenplatzes und des Parkplatzes. Eine Erstbewertung durch den Kreis sowie darauf folgende eine Gefährdungsabschätzung durch das Ingenieurbüro HYDR.O, Aachen, wurden durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, dass der Tennenbelag des Aschenplatzes mit Schwermetallen belastet ist. Bei Entfernung des Aschebelags ist dieses durch einen unabhängigen Gutachter zu überwachen und der Belag ist ordnungsgemäß als gefährlicher Abfall zu entsorgen.</p> <p>Des Weiteren ist der gesamte See als Altlast-Verdachtsflächen Was Nr. 19 erfasst. Untersuchungen dazu liegen nicht vor. Verweis auf Gem.RdErl. des MKULNV NRW „Berücksichtigung von Flächen mit Bodenbelastungen, insbesondere Altlasten bei der Bauleitplanung und im Baugenehmigungsverfahren Altlastenerlass“</p>	<p>Die Situation der Abwasserbeseitigung ist geprüft. Die Kanalleitungen im Bereich der Bruchstraße sind ausreichend dimensioniert um künftige Abwässer aus dem Bereich „amici lodges“ in diesem Umfang aufnehmen zu können. Der Bereich „amici bay“ wird in Abstimmung mit den Investoren über Kanaldruckrohrleitung entsorgt.</p> <p>-----</p> <p>Die Hinweise werden beachtet und in dem Umweltbericht aufgenommen.</p>
17	Bezirksregierung Köln	17. Juni 2013 (18. Juni 2013)	In den vorgelegten Unterlagen sind keine ausreichenden Aussagen zur Beurteilung aus der Sicht des	Entsprechende Gutachten und Untersuchungen sind z.Z. in Arbeit:

Nr.	Schreiben von/Datum	Datum	Kurzzinhalt	Beschlussvorschlag der Verwaltung
			<p>Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie des Arten- und Biotopschutzes gemacht. Daher kann der vorgelegten Planung nicht zugestimmt werden.</p> <p>Grundsätzlich zu bearbeiten und zu bewertet sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einer über den Bestand hinausgehenden weiteren Bebauung steht das Bauverbot an Gewässern gem. § 61 BNatSchG und § 57 LG-NW grundsätzlich entgegen. Keine Kompromisse möglich. - Besondere Bebauung und Nutzung der Insel stellt einen nicht ausgleichbaren Eingriff dar, dem nicht zugestimmt werden kann. - Der Effelder Waldsee ist aus ökologischer Sicht ein für den Artenschutz hochwertiger unentbehrlicher Raum, der schon durch die vorh. Nutzung erheblich beeinträchtigt wird und keine zusätzliche Störungen und Eingriffe mehr kompensieren kann. - <p>Zur Fortführung des Verfahren:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Qualifizierter Landschaftspflegerischer Begleitplan einschließlich eines artenschutzrechtlichen Gutachtens - Bitte die Untere Landschaftsbehörde und sachkundige örtliche Naturschutzverbände beteiligen 	<ul style="list-style-type: none"> - Artenschutzrechtliche Prüfung - Umweltbericht - Landschaftspflegerischer Begleitplan mit Darstellung der erforderlichen ökologischen externen Kompensationsmaßnahmen sowie der Ausgleichmaßnahmen für die Waldumwandlung sind Grundlagen für die Bauleitplanung. Dem Einwand, die Insel von Bebauung und sonst. Freizeitaktivitäten freizuhalten, wird gefolgt. Die Untere Landschaftsbehörde ist eingebunden. Den Belangen der Naturschutzverbände wird gefolgt (s. Pkt. 9)
18	WestEnergie, Geilenkirchen	04. Juni 2013 (14. Juni 2013)	Keine Anregungen und Bedenken.	entfällt
19	EBV GmbH, Hückelhoven	11. Juni 2013 (14. Juni 2013)	Es bestehen keine Bedenken.	entfällt